

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Für mich ist klar: Das derzeitige System der Altersversorgung für Abgeordnete ist reformbedürftig. Es ist schwer vermittelbar, dass für Abgeordnete eigene Versorgungsregeln gelten, während die große Mehrheit der Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt und dabei oft nur vergleichsweise geringe Ansprüche erwirbt.

Ich halte es daher für richtig, die Altersversorgung von Abgeordneten grundlegend zu verändern und stärker an die gesetzliche Rentenversicherung anzubinden. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält dafür einen nachvollziehbaren Ansatz, insbesondere durch die Umstellung auf ein beitragsbasiertes Modell anstelle von Pensionsansprüchen.

Gleichzeitig sehe ich die Notwendigkeit, eine solche Reform sorgfältig und rechtssicher auszugestalten. Die Altersversorgung ist ein komplexes Thema mit langfristigen Auswirkungen. Deshalb halte ich eine abschließende Festlegung auf einen konkreten Gesetzentwurf innerhalb der ersten sechs Monate der Legislaturperiode für nicht angemessen.

Für mich gehört zu dieser Debatte auch, das Gesamtbild im Blick zu behalten: Es geht nicht nur um die Altersversorgung von Abgeordneten, sondern um die Frage, wie wir Altersarmut wirksam bekämpfen und das Rentensystem insgesamt gerechter gestalten.

Ich setze mich deshalb dafür ein,

- dass Abgeordnete perspektivisch in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden,
- dass das Rentenniveau stabilisiert und verbessert wird,
- und dass mehr Menschen im Alter von ihrer Rente leben können.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung ist aus meiner Sicht notwendig – sie sollte jedoch Teil einer umfassenden und nachhaltigen Rentenpolitik sein.

Mit freundlichen Grüßen

Isabell Anton